

Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

Der Tag ist da!

Horch, Schwestern, wie der Lenzsturm braust!
Er will die Welt befreien
Von kalter, starrer Wintersaust!
Auf, Schwestern, schließt die Reihen!
Dass keine säumt! Dass keine fehlt!
Wir müssen Massen schauen!
Die Uene ruft: rot wird gewählt!
Nun handelt frisch, ihr Frauen!

Ihr Mütter, eurer Kinder denkt!
Für sie soll sich entscheiden
Am heut'gen Tag, ob Glück ihr schenkt,
Den Kleinen oder Leiden!
Das alte Preußen brach entzwei!
Ein neues gilt's zu bauen!
Gebt weiter unser Feldgeschrei:
Rot wird gewählt, ihr Frauen!

Frei wurdet ihr, die ihr geharrt
Jahrtausende geduldig!
Der Zukunft und der Gegenwart
Seid drum ihr Taten schuldig!
Wahrt euer Recht, tut eure Pflicht
Und werbt voll Selbstvertrauen!
Des Preußenwahltags Volksgericht
Ist da: wählt rot, ihr Frauen!

Auf, Schwestern, keine bleib' zurück:
Wir brauchen Herzen, Hände...
Wir führen unser Meisterstück
Heut' zäh zum guten Ende!
Der Tag ist da: Kampf kiert und klingt
In allen Preußengauen...
Nun sorgt, dass, wenn der Abend sinkt,
Wir jubeln „Sieg!“ ihr Frauen!

Frauen, schließt die Reihen!

Der Tag der Preußenwahl ist da. Eine ungeheure Verantwortung ist den Frauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land auferlegt. Sie sollen wählen zum Landtag, zum Provinziallandtag, zum Kreistag und in einzelnen Provinzen auch noch zum Reichstage.

Der Kreistag ist neben der Gemeindevertretung gewissermaßen die Zelle des demokratischen Staatsbaues. Von ihm aus muß die Reform der Verwaltung erfolgen. Die Provinzialvertretung ist doppelt wichtig: Nicht nur für die Provinz, sondern für das ganze Preußen, denn aus ihr werden die Mitglieder des Staatssrates nach dem Verhältnisystem berufen. Auf die Landtagswahlen aber setzen die Reaktionäre alle Hoffnungen. Sie glauben, daß es ihnen möglich sein werde, mit Hilfe der Frauen eine Mehrheit zu erlangen und alle mühsam errungenen Verbesserungen zu beseitigen.

Wählerinnen! Wollt Ihr es dulden, daß die Parteien des Geldsacks und des Brotwuchers triumphieren? Wollt Ihr wieder zurück in politische Unfreiheit und wirtschaftliche Fron, weit schlimmer, als Ihr sie vor dem Kriege erdulden mußtet?

Frauen, die Ihr arbeitet im Haushalt, im Kontor, in der Fabrik oder auf dem Lande! Macht durch die junkerlich-kapitalistische Rechnung einen dicken Strich. Schließt die Reihen und sorgt für einen vollen

Sieg der Sozialdemokratie!

Wir und die anderen.

Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich alles ist, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerecht getroffen werde. Das sind drei Dinge, die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen.

Der Staat soll allerdings — so meinen auch die Sozialdemokraten — die Freiheit garantieren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des einen der Freiheit des anderen keinen Schaden bringe. Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existiert. Der ökonomisch Bessergestellte wird stets einen moralischen Druck auf den Schlechtergestellten ausüben. Ist nun gar ein Abhängigkeitsverhältnis vorhanden, wie in der jetzigen Gesellschaft, ist der Arbeiter einem Brotherrn unterworfen, von dem seine Existenz abhängt, dann liegt auch auf der Hand, daß dieser Brotherr die Gewalt in den Händen hat, das politische Recht des Arbeiters zu verkümmern, es in der ihm dem Unternehmer gutdünkenden Weise auszubeuten. Aber ganz abgesehen davon: an einem Staat, in dem die politische Freiheit bloß der Zweck ist, hat der Arbeiter wenig Interesse. Was ihn drängt und treibt, die politische Freiheit und Gleichberechtigung zu erobern, ist die Aussicht, mit ihrer Hilfe auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen.

August Bebel (Unsere Ziele).

Gefahr im Verzuge!

Von Margarete Pfirrmann.

Im Reich eine bürgerliche Mehrheit, in Bayern eine ausgesprochene Reaktionsregierung und in Preußen? — Frauen, bedenkt es wohl, auf Euch kommt es an, was für eine Regierung Preußen nach den Wahlen vom 20. Februar erhält, denn Ihr bildet die Mehrheit der Wähler. Was aber würde es bedeuten, wenn auch in Preußen eine rein bürgerliche Regierung ans Ruder käme? Schon jetzt hat im Reich die Deutsche Volkspartei das Steuer in der Hand, obgleich es sich dort um eine Koalitionsregierung mit Zentrum und Demokraten handelt.

Die Deutsche Volkspartei weiß nämlich genau, was sie will: sie will für ihre Klasse, für die Klasse der „notleidenden“ Großindustriellen und Grundbesitzer das Beste herausholen — auf Kosten der breiten Masse des arbeitenden Volkes.

Das Zentrum aber? Nun, es besteht selbst zum großen Teil aus ähnlichen Gesellschaftsschichten und räumt der in ihr organisierten Arbeiterschaft nur gerade so viel Rechte ein, wie es die Zeitverhältnisse notgedrungen erfordern, ist aber schnell bereit, die Rücksicht auf die Arbeiterklasse fallen zu lassen, wenn diese nur irgendwie an politischem Einfluß zu verlieren scheint.

Und wie ist's mit den Demokraten? Auch hier steht das Geldinteresse der besitzenden Schichten oben an. Die demokratische Gesinnung, die Sorge für die Mehrheit des Volkes ist mehr oder minder Dekoration, die um so weniger in die Erscheinung tritt, je geringer der politische Einfluß der Sozialdemokratischen Partei ist, der wirklichen Partei des arbeitenden Volkes. Noch blicken die Demokraten im Reich verstockt nach der Wirkung, die ihr Verhalten in Preußen auslöst, denn hier sitzen noch Sozialdemokraten in der Regierung, die das Gewissen der Demokraten bilden. Und doch sind die Vorgänge im Reich schon jetzt lehrreich genug und kaum instande, innerhalb der arbeitenden Bevölkerung das Verlangen nach weiteren Proben der Künste einer rein bürgerlichen Regierung zu erwecken.

Man denke einmal an das Versprechen der Reichsregierung, daß durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine erhebliche Senkung der Preise erreicht werden würde. Wir Hausfrauen haben es nur zu deutlich gespürt, wie das gerade Gegenteil eintrat, wie die Preise für die notwendigsten Lebensmittel immer höher und höher kletterten, so daß an ein Auskommen mit den geringen Löhnen und Gehältern gar nicht zu denken war. Neuanschaffungen? Ja, sie wären dringend nötig gewesen nach dem langen Krieg, aber sie waren in der „freien Wirtschaft“ noch weniger möglich als unter der wahrhaftig nicht idealen Zwangswirtschaft.

Und welches Bild gewährt uns die Reichsregierung jetzt? Die Preise für Auslandsprodukte fallen, hervorgerufen durch

die Weltmarktstrife; auch im Innern macht sich eine leichte Besserung bemerkbar: die deutsche Reichsregierung aber liebäugelt mit einer erheblichen Heraufsetzung der Preise für Brotgetreide! Frauen, haltet die Augen offen, es geht um die Ernährung unserer Kinder, der Kinder des Volkes!

Aber sind das etwa die einzigen Proben der Tüchtigkeit der bürgerlichen Regierung, dieser gepriesenen Ketterin aus der Not? Man braucht nur die Steuerfrage aufzuwerfen, und jede Frau aus dem schaffenden Volke ist sofort im Bilde. Ob hausfräulich oder sonstwie beruflich tätig, die Frauen wissen, was es bedeutet, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten von ihren gewiß nicht allzu üppigen Gehältern bei jeder Auszahlung 10 Proz. als Steuerzahlung abgezogen werden. Wohl wollen und müssen wir alle nach Kräften dazu beitragen, den Staat wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen, aber wo bleibt die entsprechende Leistung der Besitzenden? Noch ist kaum etwas zu hören von der Einziehung der beschlossenen Vermögenssteuern. Oder doch, es ist sehr viel davon zu hören, nämlich das laute Geschrei der Besitzenden, daß so die Steuer nicht durchzuführen sei, daß sie den Ruin der Wirtschaft bedeute, daß Erleichterungen geschaffen werden müssen und immer noch mehr Erleichterungen. Auf diese Weise wird ein langsames Abbröckeln der Steuergesetzgebung, soweit sie die Besitzenden trifft, erreicht; und außerdem wird Zeit gewonnen, kostbare Zeit, um jedes Hintertürchen zu finden und zu benutzen, das die Gesetze lassen. Wer weiß, wieviel bei den Kapitalisten noch zu holen ist, wenn endlich die Steuern wirklich eingezogen werden sollten!

Wie aber kann es erreicht werden, daß die früheren Koalitionsparteien, Demokraten und Zentrum, die damals die Steuergesetzgebung unter dem Druck des sozialdemokratischen Einflusses bewilligt haben, zu ihrer Pflicht zurückkehren? Es wird nur dann gelingen, wenn die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Preußenwahlen so viele Mandate erhält, daß ihr Einfluß ausschlaggebend in der künftigen Regierung Preußens wird. Eine stark sozialdemokratisch gefärbte Regierung im größten deutschen Volksstaat, besser noch eine rein sozialistische, vermag auf die Reichsregierung einen nicht zu unterschätzenden Druck auszuüben, schon allein durch die Preußenstimmen im Reichsrat. Mit einem Siege der Reaktionsäre in Preußen aber wäre das letzte Bollwerk der deutschen Demokratie gefallen. Was heute schon von den Bürgerlichen mehr oder weniger deutlich ausgesprochen wird, würde dann zweifellos schnellstens in die Tat umgesetzt werden: Lohnabbau, Aufhebung des Achtstundentages usw. Deshalb, Wähler, bemüht die Macht, die Euch durch den Stimmzettel gegeben ist, dokumentiert Euren festen Willen, Deutschlands Wirtschaft wieder aufzubauen zum Besten des ganzen Volkes. Man wird im Reich auf die Stimme des preußischen Volkes hören müssen!

Besonders Ihr Frauen, bedenkt genau, was alles durch Eure Stimmabgabe entschieden wird, genügt am 20. Februar unbedingt Eurer Wahlpflicht und gebt Eure Stimme der einzigen sozialistischen Partei, die bisher bewiesen hat, daß sie positiv arbeiten will und kann.

der Sozialdemokratischen Partei!

Zwölf Millionen Tote!

Eine erste Statistik ergab zwölf Millionen Kriegstote.

Wenn's jetzt zur Wahl geht und ihr hört die Unentwegten schreien und „Revanche“ brüllen, so sagt ihnen eins nur: „12 Millionen Tote sind in diesem Kriege auf dem Schlachtfeld und im Lazarett geblieben.“ 12 Millionen — wisst ihr, was das heißt? Ein Zug von Geistern ist es, der, wollte er Rache nehmen, an den Gewaltthatern dieser Erde drei Monate Tag und Nacht vorüberziehen müßte. Ein Zug von Geistern ist es — so lang wie der Weg vom Äquator zum Pol.

Und wollte man den Toten Ruhe gönnen — nicht im Massengrab, sondern wie armen Schludern, Sarg neben Sarg — ein Friedhof wäre vorzuziehen, größer als Berlin mit allen Vororten und Vorstädten. Und genügt den Hirnverbrannten dieses grauenvolle Spiel mit Zahlen nicht, so laßt sie denken, daß 12 Millionen Tote 50 Millionen Lebendige in Gram und Schmerz auf dieser Erde lassen, ein schwarzes Volk, stark genug, ein ganzes Reich zu füllen.

Und ihr aber nicht das eine — die Kriegsbeher zu bekämpfen, wo ihr sie findet — so wird Europa werden was Serbien wurde, das den dritten Teil seines Volkes im Krieg verlor.

H. Engelhardt.

Lästert nicht die Zeit, die reine!
Schmäht ihr sie, so schmäht ihr euch!
Denn es ist die Zeit dem weißen,
Unbeschriebnen Blatte gleich;
Das Papier ist ohne Makel,
Doch die Schrift darauf seid ihr!
Wenn die Schrift nicht just erbaulich,
Nun, was kann das Blatt dafür! K. Grün.

Die Frau des Landarbeiters.

Für das deutsche Volk von höchster Bedeutung ist die Notwendigkeit der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Dazu gehört nicht nur die Bereitstellung der nötigen Mengen an Dünger und Saat — wo nichts hineinkommt, kommt nichts heraus! — sondern auch besonders intensive Arbeit.

Früher wurde ein guter Teil der Landarbeit auf den großen Gütern von russischen und galizischen Arbeitern gemacht und an deren Stelle traten während des Weltkrieges die Kriegsgefangenen. Die Insten oder Büdner oder Katenleute oder Deputatknecchte waren die auf meistens Jahresvertrag gemieteten Landarbeiter, zum Teil durch Naturalien entlohnt! — mit einem Stück Land zur freien Bebauung, einer Gutswohnung, mit einem bestimmten Teil Milch, Brot, Kartoffeln und der Berechtigung zum Halten von Kleinvieh, wie eines Schweines.

Wenn man überlegt: Sichere Wohnung, jahrelang sichere Arbeit, im gewissen Umfange die Lebensmittel gesichert und dann Barlohn, so kommt einem doch ein Wundern darüber, daß trotzdem die Landbevölkerung durch Abzug nach der Stadt in den letzten Jahrzehnten ständig abnahm. Das lag nicht am Zug nach Kino und großstädtischen Zerstreuungen — auch nur zum Teil an der geringen Barentlohnung, sondern an der Ueberlastung des Landarbeiters und seiner Familie und an der durchaus unregelmäßigen Arbeitszeit.

Der Arbeiter in der Stadt ist am Feierabend fertig, kleidet sich um und kann, wenn er will, auf der gleichen Bank mit seinem Arbeitgeber oder seinem Vorgesetzten in einer Erholungsstätte sein oder seine Bildung pflegen oder sich seinen staatsbürgerlichen Pflichten widmen. Der Sonntag steht ihm ganz für das Familienleben zur Verfügung; jedenfalls kann er am Sonntag von seiner täglichen Erwerbsarbeit sich einmal gründlich abwenden. Anders der Landarbeiter, dessen Arbeitstag durchgehends von Ende bis Anbruch der Nacht und im Winter darüber hinaus reicht. Nicht nur fordern Sonnenbrand oder drohender Regen häufig Ueberarbeit und Mehrarbeit, sondern auch das Vieh verlangt Sonntag wie Alltags seine Bedienung. Und zwar nicht nur dasjenige der „Herrschaft“, sondern auch das Schwein, die Ziege, die Gans oder das Kaninchen des Arbeiters wollen mehr noch als sein Stückchen Land gepflegt sein. Der Landarbeiter, vom Morgen grauen an in jeder Witterung draußen schwer arbeitend, ist auch nur ein Mensch und abends zu müde, für sich selbst noch Rennenswertes zu leisten, und verläßt sich daher für die Bewirtschaftung seines Stück Landes und die Pflege seines Viehes auf seine Frau und eventuell auf die Kinder.

Das Eigentümliche der Landarbeiterverträge war — und ist es noch heute —, daß nicht ein Mann, eine Arbeitskraft, gemietet wird, sondern ein Landarbeiter, der eine Frau fürs Melken und regelmäßig oder nach Bestellung des „Herrn“ auf Tage oder länger auch für die Feldarbeit zu stellen hat. Sind Kinder da, auch wohl noch eine Jungdorn fürs Hüten oder einen Burschen als Helfer im Stall oder beim Gärtner.

Gerade diese Verpflichtungen zur Landarbeit, zur Mitarbeit der Familie, sind sicher die Ursachen der Landscheu. Mehr noch als alles andere ist zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit wie der Arbeitsfreude ein freundliches Heim Bedingung. Dieses erfordert nicht nur eine menschenwürdige Wohnung, sondern dazu gehört eine Frau, die auch Zeit hat und nicht abends vor Müdigkeit umfällt, weil sie ebenfalls an der Erwerbsarbeit teilnehmen muß. Ein freundliches Heim kann dort nicht entstehen und sein, wo die Frau entweder nachts oder Sonntags die eigene Hausarbeit erledigt, die Wäsche macht usw. Noch weniger natürlich, wenn kleine Kinder in gefährlicher Verlassenheit nach der Mutter schreien, während diese gemäß dem Vertrag entweder auf dem Gute wäscht, in der Meierei arbeitet oder Feldarbeit macht. Hier kann man wohl vom Unsenen der Arbeit sprechen.

Von größter Bedeutung ist deshalb für die Landarbeiterschaft die Ausnutzung der Schutzbestimmungen für die Frau des Landarbeiters im § 14 in der „Vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919“.

„Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, sind so früh von der Arbeit zu entlassen, daß sie eine Stunde vor der Hauptmahlzeit in ihrer Häuslichkeit eintreffen. In den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten sind sie von der Arbeit entbunden. Arbeiterinnen, die ein größeres Hauswesen zu versorgen haben, insbesondere auch Gehilfen, die nicht zur eigenen Familie gehören, zu belästigen haben, sind, abgesehen von Notfällen, nur insoweit zur Arbeit zu verpflichten, als dies ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer häuslichen Pflichten möglich ist.“

Die Schutzbestimmungen können nicht durch einen anders lautenden Vertrag umgestoßen werden. Auch wenn häusliche Pflichten (Waschen, Putzen, Kinderpflege) darunter leiden würden, braucht ein entgegenstehender Arbeitsvertrag nicht erfüllt werden.

Im § 15 der Landarbeitsordnung wird der Arbeitgeber zur Stellung einer einwandfreien Wohnung verpflichtet. Die Anweisung einer gesundheitsgefährlichen Wohnung wird ausdrücklich als Grund zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bezeichnet.

Hält man dazu, daß die Landarbeitsordnung das volle Kvalitationsrecht für die Landarbeiterschaft sicherstellt, und damit u. a. die richtige Plattform zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gibt, dann muß man sie als einen sehr bedeutsamen Schritt vorwärts bezeichnen. Zunächst aber müssen die Arbeiterfrauen auf dem Lande erst mal wissen, daß sie Rechte haben, die durch die politische Arbeit, besonders den Frauen, gewonnen sind, daß auch sie, dank der Revolution, politische Rechte haben, für deren Erhaltung und Verbesserung sie mit ihrem Stimmzettel am 20. Februar eintreten müssen.

Politische Bildergalerie.

Der Wahlkampf treibt eigenartige Blüten. Die bürgerlichen Parteien haben auf ihren Plakaten nichts gescheites den Wählern zu sagen. Deshalb steigen sie in die Jahrhunderte alte Vergangenheit und greifen von dort irgendein bekanntes Gesicht heraus, das sie aufs Plakat kleben und als Symbol für ihre Gegenwartspolitik gelten lassen wollen.

Die Deutschdemokratische Partei z. B. läßt den Kopf des alten Freiherrn vom Stein an Stelle ihres eigenen Programms auftauchen und die Preußen auffordern, deutschdemokratisch zu wählen. Die schwerliberale „Deutsche Volkspartei“ hingegen macht Konkurrenz den Deutschnationalen, indem sie beide abwechselnd den Alten Fritz mit dem Krüdstock als Sinnbild ihrer Preußenpolitik aufmarschieren lassen.

Die „nationalen“ Parteien bilden sich auch wahrscheinlich ein, daß die Gesichter immer noch besser seien, als wenn man z. B. das des Herrn Hefferrich aufs Plakat setzen würde, oder etwa von den Kerthoff, oder gar den „Konsul“ Simon! Zweifellos ist der Krüdstock des Alten Fritz auch ein besserer Symbol für die Politik der Gewaltparteien, als irgend etwas aus der Gegenwart. Das Bild bietet tatsächlich ein Programm für sich. In der Schule wurde uns gelehrt, daß der Alte Fritz auf seine Art „Ordnung“ schaffte, indem er gelegentlich seinen „Untertanen“ mit dem Stock höchst eigenhändig den Rücken verbläute. Das ist das Ideal der Hergt und der Strefemann, der Hefferrich und der Leidig und wie sie alle heißen mögen. Der preußische Staatsbürger soll wieder von den Agrariern und den Schwerindustriellen abwechselnd verprügelt werden. Und wenn er sich dagegen aufbäumt und sich auf sein Recht beruft, soll es wieder heißen wie damals: „Räsonnier Er nicht!“

In dieser politischen Gemäldegalerie fehlt nur noch ein charakteristisches Bild des Zentrums. Es müßte den heiligen Thomas von Aquino abbilden, der das schöne Wort prägte, es sei „für die Sklaven, die das Land bebauen, zuträglich, daß sie stark am Körper, aber schwach am Verstande seien. So würden sie nützlich sein für die Bearbeitung des Landes und nicht ausarten in Umtriebe wider ihre Herren“. Oder aber jenen bayerischen Bischof, der noch in den letzten Jahren als Grundgesetz aussprach: wer Knecht sei, solle Knecht bleiben!

Die Sozialdemokratie braucht nicht in der Vergangenheit zu wählen. Sie kennt die Geschichte und wendet sie auf die Gegenwart an. Sie will die Unterdrückung vergangener Jahrhunderte nicht wieder aufleben lassen und will ein freies Volk auf freiem Grunde sehen. Daß Gegenwart und Zukunft ihr geböre, dafür müssen die Wähler am 20. Februar sorgen helfen, indem sie den papierernen Götzen ins Gesicht lachen und sozialdemokratisch wählen!

